



Samtgemeinde Fintel
Samtgemeindebürgermeister

-10 24 34-

13. Ratsperiode 2021-2026
Lauenbrück, den 21.08.2025

Niederschrift über die 13. Sitzung **des Bau- und Planungsausschusses am 20.08.2025 im Ratssaal, Berliner Straße 3, 27389 Lauenbrück.**

Beginn: 19:01 Uhr
Ende: 21:02 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Volker Dreyer

Samtgemeindebürgermeister

Herr Sven Maier

Ratsmitglieder

Herr Wolfram Heinrich

Herr Werner Kahlke

Herr Horst Milbrodt (für Steffen Florin)

Herr Helmut Oetjen

Herr Michael Sablotzke

Herr Reinhard Trau

Beratende Mitglieder

Herr Axel Matthies

Herr Tim Pyka

Frau Marina Schabbel

Von der Verwaltung

Herr Volker Behrens

Herr Stefan Raatz

Protokollführerin

Frau Svetlana Claassen

Gäste

Herr Dr. Brunow (Ingenieurbüro WKC)

Frau Baden (MOR Architekten)

Abwesend:

Ratsmitglieder

Herr Hans-Jürgen Schnellrieder

Beratende Mitglieder

Frau Nele Brunkhorst

Herr Volker Witt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 06.03.2025**
- 3 **Einwohnerfragestunde**
- 4 **Bahnbrücke Riepe - Sachstand und mögliche weitere Vorgehensweisen
Vorlage: 097/2025**
- 5 **Weiteres Vorgehen Flächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen
Vorlage: 098/2025**
- 6 **Herstellung eines neuen Grünabfallsammelplatzes an der Lauenbrücker Straße in Fintel
Vorlage: 095/2025**
- 7 **Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters**
- 8 **Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder**
- 9 **Einwohnerfragestunde**

Öffentlicher Teil

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Dreyer eröffnet die Sitzung um 19:01 Uhr. Er begrüßt die Anwesenden, insbesondere den Vertreter der Presse und die Gäste, Frau Baden vom Planungsbüro MOR Architekten und Herrn Dr. Brunow vom Ingenieurbüro WKC. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird bestätigt.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses am 06.03.2025

Die Niederschrift über die Sitzung am 06.03.2025 wird einstimmig bei drei Enthaltungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	
Ja- Stimmen	4
Nein- Stimmen	0
Enthaltungen	3

TOP 3: Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen der zahlreich anwesenden Zuschauer gestellt.

TOP 4: Bahnbrücke Riepe - Sachstand und mögliche weitere Vorgehensweisen Vorlage: 097/2025

Ausschussvorsitzender Dreyer übergibt für ausführlichere Informationen an Herrn Dr. Brunow vom Fachplanungsbüro WKC.

Herr Dr. Brunow berichtet anhand einer Präsentation über vergangene und aktuell getätigte Maßnahmen an der Bahnbrücke Riepe.

Anmerkung zum Protokoll:

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Er erklärt, dass zum einen die Vermessung der Widerlager stattgefunden habe. Die statische Situation des Bauwerkes sei nicht einfach zu erfassen. Zudem müsse die Böschung, auch im gesperrten Zustand der Brücke, ertüchtigt werden.

Herr Dr. Brunow führt weiterhin aus, dass die Deutsche Bahn für weitere Arbeiten derzeit lediglich eine Sperrzeit von 30 Tagen im Februar 2028 zur Verfügung stelle, diese müsse ebenfalls noch in diesem Monat angemeldet werden. Ein Neubau in

dieser Zeit sei zwar möglich, aber sehr schwierig umzusetzen und sehr kostenintensiv und daher definitiv nicht zu empfehlen.

Ausschussmitglied Sablotzke erkundigt sich, ob es möglich sei, neue Widerlager für einen potenziellen Neubau im Vorwege zu bauen und zu installieren und dann in der Sperrzeit lediglich die Brücke zu errichten. Herr Dr. Brunow erläutert, dass dieses Verfahren nur mäßig umzusetzen sei, da der Abstand zu den Bahngleisen eingehalten werden müsse.

Auf Nachfrage von beratendem Ausschussmitglied Matthies informiert FD- Leiter Raatz, dass ein regelmäßiger Kontakt mit den Verantwortlichen des Brückenneubaus in Königsmoor besteht, da die Arbeiten an beiden Projekten in derselben Sperrzeit erfolgen sollen. Weiterhin erläutert er, dass die Sperrzeiten nicht selbstständig durch die Verwaltung beantragt werden können, sondern hierfür ein Fachbüro beauftragt werden müsse, welches die Anmeldung vornimmt.

Ausschussmitglied Sablotzke sieht es für alle Betroffenen als Katastrophe an, die Brücke ersatzlos abzureißen.

Ausschussmitglied Trau macht auf die zahlreich anstehenden Projekte, wie bspw. die Erweiterung der Fintauschule, aufmerksam. Ein Brückenneubau sei schlicht aus finanziellen Gründen nicht realisierbar. Es könnten nicht immer positive Entscheidungen getroffen werden.

Ausschussmitglied Kahlke erinnert an die jahrelange Überbelastung der Brücke und befürchtet, dass ein Neubau ebenfalls schnell sanierungsbedürftig werden könne. Diesbezüglich erläutert Herr Dr. Brunow, dass ein Neubau durchaus für Fuhrwerke von 40- 45 t konzipiert werde.

Ausschussmitglied Milbrodt interessiert sich für Fördermöglichkeiten für einen Ersatzbau. FD- Leiter Raatz schließt eine Fördermöglichkeit nahezu aus.

Ausschussmitglied Oetjen schließt sich der Meinung von Ausschussmitglied Trau an. Die Finanzierung eines Neubaus beinhaltet automatisch die Streichung anderer freiwilliger Leistungen der Samtgemeinde.

Ausschussvorsitzender Dreyer öffnet die Sitzung um 19:23 Uhr für die Öffentlichkeit.

Der von der Sperrung der Brücke betroffene Landwirt Joachim Heitmann erklärt, dass er ca. 1/3 seiner Flächen nur über die Brücke erreichen könne und daher ungerne auf diese verzichten würde. Er könne nachvollziehen, dass ein Neubau finanziell nicht bzw. schwer umzusetzen sei, appelliert aber an die politischen Vertreter eine Zweitmeinung einholen zu lassen, auch in Bezug auf eine mögliche Instandsetzung des bestehenden Bauwerkes. Auch viele Berufspendler nach Hamburg seien von der Sperrung betroffen.

Ausschussvorsitzender Dreyer schließt die Sitzung um 19:27 Uhr für die Öffentlichkeit.

SGB Maier betont eindringlich, dass in der Ratssitzung am 25.09.2025 eine Entscheidung getroffen werden soll, um Planungssicherheit für die Zukunft zu haben. Er appelliert an die Fraktionen die Zeit bis dahin für Diskussion zu nutzen.

Ausschussmitglied Kahle fasst zusammen, dass Einigkeit darüber bestehe die Sperrzeiten zu beantragen und den Rückbau der Brücke durchzuführen.

Beratendes Ausschussmitglied Matthies interessiert sich für Alternativen zu einem Bau ausschließlich aus Beton, bspw. Stahl. Herr Dr. Brunow erklärt, dass ein Neubau aus einem Stahl- Beton- Verbund entstehen würde. Auch eine ausschließlich aus Stahl bestehende Konstruktion sei denkbar.

Ausschussmitglied Oetjen schlägt vor, den letzten Satz der Beschlussvorlage mit dem Wortlaut „Ein Ersatzneubau der Bahnbrücke Riepe wird ausgeschlossen“ zu streichen und lediglich über den Rückbau zu bestimmen.

SGB Maier weist daraufhin, dass auch ohne Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses in der Ratssitzung Ende September über einen Neubau entschieden werden müsse.

Ausschussvorsitzender Dreyer verliest die gekürzte Beschlussempfehlung und nimmt die Abstimmung vor.

Der Bau- und Planungsausschuss schlägt einstimmig vor:
Die Samtgemeindeverwaltung wird beauftragt, für die mögliche Gleissperrung im Februar 2028 den Rückbau der Bahnbrücke Riepe bei der DB InfraGO anzumelden. Bei einer positiven Rückmeldung seitens der Bahn wären dann die weiteren Schritte einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:	
Ja- Stimmen	7
Nein- Stimmen	0
Enthaltungen	0

TOP 5: Weiteres Vorgehen Flächen für Photovoltaik-Freiflächenanlagen Vorlage: 098/2025

Ausschussvorsitzender Dreyer übergibt für weiterführende Informationen an Frau Baden vom Büro MOR Architekten.

Frau Baden stellt anhand einer Präsentation vor, welche Entwicklung die Arbeit an der Potenzialflächenanalyse für Freiflächen- PV- Anlagen von Beginn der Zusammenarbeit diesbezüglich im Jahr 2023 bis heute genommen hat.

Anmerkungen zum Protokoll:

Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

In den letzten Monaten sei vor allem die Einbeziehung der Flächeneigentümerinnen und -eigentümer von Bedeutung gewesen. Nach einer Informationsveranstaltung

gingen die einzelnen Rückmeldungen ein, ob die jeweiligen Flächen als Potenzialflächen für Freiflächen- PV- Anlagen in eine Änderung des Flächennutzungsplanes aufgenommen werden sollen. Auf Grundlage dieser Rückmeldungen wurde die Analyse nochmals überarbeitet. Die ursprünglich 485,11 ha potenzieller Fläche wurden so bis Stand heute auf 198,3 ha zu meldender Potenzialfläche reduziert.

Frau Baden informiert abschließend, dass als nächster Schritt die Änderung des Flächennutzungsplanes eingeleitet werden könne. Der Wert von 198,3 ha ist immer noch ein Vielfaches höher, als der vom Landkreis vorgegebene Wert von 0,5 % der Fläche der Samtgemeinde Fintel (ca. 61 ha). Sie betont außerdem, dass die Behörden und Träger öffentlicher Belange durchaus widerspiegeln, wenn exorbitant mehr Fläche ausgewiesen werden solle als vorgesehen.

SGB Maier ergänzt, dass nicht jede Fläche überplant werden müsse.

Laut Ausschussmitglied Oetjen treffe der Prozess nun auf privatwirtschaftliche Belange. Die entstehenden Kosten müssten nun auf die Interessenten umgelegt werden. FD- Leiter Raatz erklärt diesbezüglich, dass die Kosten für die jeweilige Bauleitplanung an den Antragsteller weitergegeben werden. Zum jetzigen Zeitpunkt gebe es noch keinen Antragsteller, daher können die aktuellen Kosten nicht umgelegt werden. Ausschussmitglied Oetjen erinnert an den gültigen Beschluss und fordert, dass die entstehenden Kosten weiterhin dokumentiert werden.

Ausschussmitglied Trau ist der Auffassung, dass mehr Fläche als die geforderten 61 ha vorgehalten werden können, da einige Flächen nicht wirtschaftlich zu erschließen sind und daher höchstwahrscheinlich nicht bebaut werden. Dies liege unter anderem an den Einspeisepunkten, welche teilweise viele Kilometer weit entfernt sind.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Heinrich, ob verhindert werden könne bei zu hoher Nachfrage PV- Anlagen zu bauen, erklärt FD- Leiter Raatz, dass eine gewisse Steuerung durch die Bauleitplanungen der Mitgliedsgemeinden bestehe. Auch aktuell erhalte die Verwaltung Anfragen für Flächen die keine Potenzialflächen sind.

FD- Leiter Raatz fasst den Vorschlag des weiteren Vorgehens für die Anwesenden zusammen. Zum einen solle die Karte der gesamten Flächen als Potenzialflächenanalyse politisch genehmigt werden. Somit wäre ein Nachweis erbracht, dass Flächen ausgeschlossen wurden.

Zum anderen solle die zuletzt gezeigt Karte (Anmerkung zum Protokoll Karte Seite 27 der Präsentation) als Grundlage für den Aufstellungsbeschluss der Flächennutzungsplanänderung dienen. Nachmeldungen von Flächeneigentümerinnen/ Flächeneigentümern sollten noch bis zum Aufstellungsbeschluss zur F- Plan Änderung mit berücksichtigt werden. SGB Maier ergänzt, dass so klare Rahmenbedingungen für alle Beteiligten geschaffen werden.

Um auftretende Fragen aus dem Publikum zu klären öffnet Ausschussvorsitzender Dreyer die Sitzung um 20:23 Uhr nochmals für die Öffentlichkeit.

Ein Einwohner erkundigt sich, wie lange die Umsetzung der Änderung des Flächennutzungsplanes dauern werde. Laut FD- Leiter Raatz könne mit einem Zeitraum von ca. einem Jahr gerechnet werden. Es müsse eine Ausschreibung für ein Planungsbüro gemacht werden, die Gemeinden müssten entsprechende Bebauungspläne aufstellen. All dies brauche seine Zeit.

Der Einwohner interessiert sich weiterhin dafür, ob der Abstand von 50m einer Freiflächen-PV-Anlage zu einem Waldstück fest vorgeschrieben sei. FD- Leiter erklärt, dass theoretisch auch ein geringerer Abstand möglich sei. Diese Parameter, wie bspw. auch ein Abstand von 300 m zu Siedlungsflächen, wurden von den politischen Vertretern so definiert, um allgemeine Kriterien festzulegen. Sollte dies geändert werden, sei wiederum ein politischer Beschluss nötig.

Weiterhin fragt der Einwohner, ab welchem Zeitpunkt die Flächen bzgl. der Grundsteuer anders kategorisiert werden? FD- Leiter Raatz erklärt, dass hierfür das Finanzamt zuständig sei.

Ausschussmitglied Trau stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, die Sitzung für die Öffentlichkeit zu schließen und mit der Tagesordnung fortzufahren.

Ausschussvorsitzender Dreyer schließt die Sitzung um 20:28 Uhr für die Öffentlichkeit.

Die Ausschussmitglieder haben keine weiteren Fragen zu der Präsentation und keine Einwände der weiter einzuleitenden Arbeitsschritte.

TOP 6: Herstellung eines neuen Grünabfallsammelplatzes an der Lauenbrücker Straße in Fintel Vorlage: 095/2025
--

Ausschussvorsitzender Dreyer übergibt für diesen Tagesordnungspunkt zunächst an VfA Behrens. Dieser fasst den Sachverhalt der Beschlussvorlage kurz für die Anwesenden zusammen.

Ausschussmitglied Milbrodt erkundigt sich, ob die Beantragung der Förderung beim Landkreis Rotenburg (Wümme) zur Herstellung eines neuen Grünabfallsammelplatzes aussichtsreich sei. VfA Behrens erklärt daraufhin, dass die Fördersumme für den Haushalt 2026 bereits vorgemerkt wurde.

Mit Verweis auf eine wahrscheinliche Erhöhung der Kreisumlage und Diskussionen in den Gemeinden über die Heraufsetzung der Hebesetze für die Grundsteuer sowie vor dem Hintergrund des bestehenden Angebotes der Grünschnittabgabe in Rehr, erachtet Ausschussmitglied Trau es nicht als sinnvoll dem Antrag stattzugeben. Diese Mittel können bei der schlechten Haushaltslage der Samtgemeinde eingespart werden.

FD- Leiter Raatz weist auf die bestehende Verwaltungsvereinbarung mit dem Landkreis Rotenburg (Wümme) hin. Bei Ablehnung des Antrags müsse geklärt werden, ob diese ohne Weiteres gekündigt werden könne.

Ausschussmitglied Kahlke verdeutlicht, dass die Abfälle vom Grünschnittsammelplatz vom Landkreis abgefahren werden. Die „provisorische“ Laubsammelstelle an der Genossenschaftsmühle in Fintel allerdings nicht. Die Abfahrten müssen von der Gemeinde Fintel bezahlt werden, die Mengen an Laub seien zudem nicht unerheblich.

Ausschussvorsitzender Dreyer verliest die Beschlussvorlage und nimmt die Abstimmung vor.

Der Bau- und Planungsausschuss lehnt folgende Beschlussempfehlung an den Samtgemeinderat mehrheitlich bei einer Gegenstimme ab:

Es wird beschlossen, für den Neubau des Grünabfallsammelplatzes in Fintel finanzielle Mittel im Haushalt 2026 in Höhe von 400.000 € bereit zu stellen. Die Verwaltung wird beauftragt einen entsprechenden Förderantrag beim Landkreis Rotenburg (Wümme) einzureichen, eine Verwaltungsvereinbarung mit der Gemeinde Fintel vorzubereiten und die notwendigen Planungen zur Herstellung (Ingenieurhonorarvertrag, Baugenehmigung u.a.) in die Wege zu leiten.

Abstimmungsergebnis:	
Ja- Stimmen	1
Nein- Stimmen	6
Enthaltungen	0

TOP 7: Mitteilungen des Samtgemeindebürgermeisters

Ausschussvorsitzender Dreyer übergibt für diesen Tagesordnungspunkt an FD- Leiter Raatz.

a) Antrag KEAN

FD- Leiter Raatz erklärt, dass ursprünglich beschlossen wurde, die Liegenschaften der Samtgemeinde Fintel hinsichtlich der Nutzung von Solaranlagen mithilfe einer Förderung der KEAN (Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen) prüfen zu lassen. Die Förderung ist zwischenzeitlich ausgelaufen und daher wurde die Prüfung nicht umgesetzt. Ggfs. werde ein neuer Versuch gestartet, falls die Förderung wiederaufleben sollte.

b) Änderung F- Plan Natur- und Erlebnisstätte Krähenberg

FD- Leiter Raatz berichtet, dass das Beteiligungsverfahren noch bis zum 22.08.2025 laufe. Die Abstimmung aller Beteiligten hinsichtlich des Abschlusses eines städtebaulichen Vertrages werde parallel diskutiert.

c) Regionales Raumordnungsprogramm (RROP)

FD- Leiter Raatz informiert, dass es eine überarbeitete Windenergie- Karte (Stand Juni 2025) zum RROP des Landkreises Rotenburg (Wümme) gebe. Die Flächen, die die Samtgemeinde betreffen sind allerdings kaum verändert worden.

Anmerkung zum Protokoll:

Die Karte ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

d) Informationsveranstaltung 19.08.2025

FD- Leiter Raatz berichtet von der Informationsveranstaltung am gestrigen Dienstag, den 19.08.2025. Es wurde zum einen über PV- Flächen hinsichtlich der Änderung des Flächennutzungsplanes referiert. Zum anderen wurde der weitere Breitbandausbau in der Samtgemeinde Fintel thematisiert. Hierzu teilt er allen Anwesenden mit, dass der Anschlussleitung bis ins Gebäude kostenlos ist und eine Beantragung auf jeden Fall Sinn ergebe. Am 03.09.2025 findet zudem eine Informationsveranstaltung für alle Bürgerinnen und Bürger in Stemmen statt, gefolgt von weiteren Terminen des EWE- Vertriebs in jeder Mitgliedsgemeinde.

e) Erneuerung Fällmitteltank Abwasserreinigungsanlage

Zur Erneuerung des Fällmitteltanks wird berichtet, dass die Fundamentstatik zwischenzeitlich erstellt wurde. Diese sei notwendig für den Bauantrag, welcher beim Landkreis Rotenburg (Wümme) gestellt werden muss.

f) Beenträumungen ARA

FD- Leiter Raatz erklärt, dass die Verwertung des Klärschlammes aus Beet III auf der Abwasserreinigungsanlage in der KW 32 gestartet ist, aktuell werde die Nachlagerfläche geräumt. Eine Beendigung der Arbeiten werde Ende KW 35 erwartet.

Des Weiteren findet am 21.08.2025 ein Abstimmungstermin mit den Auftragnehmern für die Räumung der Beete I und II statt. Nach Räumung wird bei diesen Beeten der Klärschlamm direkt abgefahren.

g) Änderung F- Plan Zirkus Benkeloh

FD- Leiter Raatz informiert, dass während des Auslegungsverfahrens Bedenken der Unteren Waldbehörde geäußert wurden. Alle Beteiligten stehen diesbezüglich miteinander im Austausch.

TOP 8: Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

a) Rundbrief der Samtgemeinde Fintel

Ausschussmitglied Oetjen erinnert an einen der vergangenen Rundbriefe an alle Haushalte der Samtgemeinde Fintel, in dem auf Verstopfungen durch Hygieneartikel in den Pumpwerken hingewiesen wurde. Er bittet bei zukünftigen Artikeln zu diesem Thema ebenfalls darauf hinzuweisen, dass keine Arzneimittel in den Toiletten entsorgt werden dürfen.

b) Einleitungen Abwasserreinigungsanlage

Beratendes Ausschussmitglied Matthies erkundigt sich, ob in diesem Jahr während des Hurricane Festivals Einleitungen in die Abwasserreinigungsanlage der Samtgemeinde Fintel getätigt wurden.

VfA Behrens erklärt, dass in diesem Jahr 1242 Kubikmeter eingeleitet wurden und dadurch gut 5.000,00 Euro eingenommen wurden.

TOP 9: Einwohnerfragestunde

a) Grünabfallsammelplatz Fintel

Ein Einwohner äußert Bedenken, dass Grünschnitt und Laub zukünftig ordnungsgemäß entsorgt werden, sollte der neue Grünabfallsammelplatz in Fintel nicht gebaut werden. Er befürchtet, dass die Grünabfälle und Laub dann einfach in der freien Natur entsorgt werden.

b) Kombinierte Wind-/Solarenergie Flächen

Ein Einwohner erkundigt sich, ob die politischen Vertreter der Samtgemeinde Flächen mit kombinierter Nutzung von Wind- und Solarenergie positiv gegenüberstehen. Der Fragesteller und FD- Leiter Raatz tauschen sich bezüglich der Lage der Fläche aus. Nach dieser Klärung erläutert FD- Leiter Raatz, dass der Landkreis an der Grenze zum Heidekreis keine Flächen für Windenergie vorgesehen hat.

Einzige Möglichkeit für den Flächenbesitzer ist, diesbezüglich einen Antrag bei der Gemeinde Fintel einzureichen, um ggfs. über die Gemeindeöffnungsklausel Flächen für Windkraft auszuweisen. Ein vergleichbarer Antrag wurde aber von anderen Mitgliedsgemeinden bereits abgelehnt.

gez. Claassen
Protokollführerin

gez. Maier
Samtgemeindebürgermeister

gez. Dreyer
Ausschussvorsitzender